

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie

Ersteinständlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Einzelpreis die Ausgabe 5 Pfennige für Arbeitslosenschein 75 Pfennig. Geschäfts- und Privatanschriften: 1. Mt.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seifenstraße 17. Fernruf 585. Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Rücksendungen und Abbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Kleinige Anzeigenannahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 29.

Duisburg, den 19. Juli 1919.

20. Jahrgang

Bist du ein ganzer Gewerkschaftler

Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder ist im Laufe der letzten Monate beträchtlich gewachsen. Die organisierte Kraft der Arbeiter wurde dadurch erhöht und die Möglichkeit einer erfolgreichen Kampfes für bessere Arbeitsbedingungen der Arbeiter erheblich gesteigert. Die bloße rote Straßerverbindung allein verhilft indes noch nicht den vollen Erfolg. Der Gehalt macht's, die Idee, der Geist, die in dem Straßerverbande stehen. Darum genügt es auch für den einzelnen Arbeiter beiseite nicht, daß er Mitglied der Gewerkschaft wird, er muß unermüdet danach streben, ein vollgültiger Gewerkschaftler zu werden, vom Scheitel bis zur Fußspitze durchdrungen von der Gewerkschaftssee, vom echten Gewerkschaftsgeist.

Was gehört dazu? Wie lesen und hören gar oft, daß von den Gewerkschaftsangehörigen Solidarität verlangt wird. Was heißt das: Solidarität? Zunächst: Gesamthaltung! Etwas so erklärt: Viele einzelne bilden die Gewerkschaft. Und von den einzelnen hängt es ab, was die Gewerkschaft ist und was sie leistet. Jeder einzelne ist darum haftbar, ist verantwortlich für die Gewerkschaft; nicht vor dem bürgerlichen Gesetz und mit seinem Nachbarn — wohl aber vor seinem Gewissen und mit seiner Körper- und Geisteskraft. Die Gesamthaltung ist die Grundlage der Gewerkschaft. Der wahre Gewerkschaftler stellt sich durch und durch verantwortlich für die Gewerkschaft. Er betrachtet sie nicht als etwas Fremdes, das irgendwo in einer Großstadt in einem steinernen Bau wohnt und sich „zentrale“ nennt, er empfindet sie als etwas höchst Eigenes, als etwas, das in seinem Hirn und in seinem Herzen lebt. Und so, wie man für seine eigene Sache strebt und arbeitet, so strebt und arbeitet der Gewerkschaftler für seine Gewerkschaft. Er sucht keine Mühe und auch kein Opfer. Er tut alles, um das Wohl und das Wohlfühlen seiner Gewerkschaft zu erhalten und zu erhöhen. Und er tut alles aus eigenem Antrieb. Wo immer das Gewerkschaftsinteresse ihn berührt, da steht er ihm auch schon zur Verfügung.

Solidarität heißt dann weiter: Gemeinsamkeit. Ganz verschieden sind die Menschen in ihrem Willen und Wollen. Viele Köpfe, viele Sinne! Auch die Arbeiter sind auf sich keineswegs gleichen Sinnes. Und darin bestand früher ihre Schwäche. Sie waren untereinander nicht einig. Sie ergriffen ganz verschiedene, nebeneinander ohne innere Verbindung. So, wie Glaubensbrüder auf der Landstraße, die jeden Abend vorübergehen und vom letzten Wind schon durcheinander und hin und her gesagt werden. Die Gewerkschaft ist nun die Zusammenfassung und innere Verbindung vieler einzelner zur Gemeinsamkeit der Idee, des Willens und des Handelns. Die Gemeinsamkeit ist die Stärke der organisierten Arbeiter. Und umso vollkommener die Gemeinsamkeit der Arbeiter ist, um so größer ist ihre Kraft. Darum pflegt der Gewerkschaftler die Gemeinsamkeit als ein ganz besonders heiliges Gut; und er benutzt die Einrichtungen der Gewerkschaft, besonders das Verbandsorgan und die Versammlungen und Kongresse, um die Gemeinsamkeit der Arbeiter zu fördern. In er auch in irgendeiner Angelegenheit aus vernünftigen Erwägungen anderer Meinung als die übrigen Gewerkschaftsgenossen, so tritt er feilschend für seine Idee ein, aber ist kein Eigenbrötchen, kann es nicht sein. Er gefährdet die Gemeinsamkeit nicht, sondern sagt sich immer wieder ein. Und er wirkt und arbeitet für sie auch unter seinen Kollegen, damit sie möglichst vollkommen werde.

Sehr häufig vernehmen wir sodann den Appell an die Kollegialität. In unserm Sinne heißt das soviel wie: Eintracht der Arbeitsgenossen, Standsbrüderlichkeit. Das ist etwas ganz anderes als Solidarität. Während diese mehr aus dem Bestand kommt und aus vernünftigen Erwägungen, steht die Kollegialität aus dem Herzen. Und sie beschränkt sich auch nicht, wie die Solidarität, auf das gemeinschaftliche Wirken in der Organisation, sondern dehnt sich weiter aus auf den ganzen gegenseitigen Verkehr der Arbeiter überhaupt. Die Unvollkommenheit der wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Zustände hat allen Arbeitern das gleiche Los beigemessen. Sie alle leiden unter materieller und moralischer Not. Der eine mehr, der andere weniger. Und alle wünschend ein Besseres, da herauszukommen.

Und noch etwas kennzeichnet den Gewerkschaftler: Charakterfestigkeit, Gesinnungstreue. Dazu gehört, daß man nicht heute Mitglied wird und sich morgen wieder strecken läßt. Es gibt Leute, die in der Stunde der Bedrängnis der Gewerkschaft beitreten und in besseren Zeiten, dann wenn ihre Kurzsichtigkeit glänzt, den Verband nicht mehr nötig zu haben, schmeicheln der Gewerkschaft wieder den Rücken kehren. Das sind keine Gewerkschaftler, das sind Krämer, die des augenblicklichen Vorteils wegen der Gewerkschaft angehören wollen. Kurzsichtige Krämer sind es, die nicht erkennen, daß die Gewerkschaft immer notwendig ist, auch dann noch notwendig wäre, was, praktisch wohl nie eintritt, alle Forderungen und Wünsche der Arbeiter befriedigt wären: ganz einfach schon, um die guten Zustände zu erhalten.

Nicht wahr: solche Erwägungen zeigen, wie sehr die Gewerkschaft Gewerkschaftler braucht, und bestätigen, daß noch nicht jedes Gewerkschaftsmitglied ein vollgültiger Gewerkschaftler ist. Aber das ist gar nicht ihr Hauptzweck. Der ist vielmehr: alle anzuregen, es zu werden. Und zwar jeden für sich. Wir wollen nicht nach Phariseern unter Scheit auf den Nachbarn schauen und kritisch prüfen, wie weit der noch vom gewerkschaftlichen Ideal entfernt ist, wir wollen auf uns schauen, jeder auf sich selbst, die eigenen Fehler und Mängel

feststellen und die zu beseitigen streben. Und wenn einer darüber hinaus noch auf andere wirken will, dann bitte: nicht so sehr durch Worte und Ermahnungen als durch gute Beispiele!

Koalitionsfreiheit im neuen Deutschland

Unter dem alten Regime in Deutschland war die Koalitionsfreiheit sehr beschränkt. Das damals noch herrschende Schermsystem lag besonders in der Schwerindustrie keine Gelegenheit vorübergehen, wo nicht der Arbeiterkampf wegen ihrer Organisationsungehörigkeit Scholtergeleiten gemacht wurden, wo sie gemagtelt wurden und auf die schwarze Liste kamen. Diese Unterdrückung der Arbeiterkraft ging von den herrschenden, den besthenden Klassen aus. Aber diese Zeiten waren noch gold gegen den Terror und die Gewalttätigkeit, die im neuen Deutschland von den Vertretern von „Recht, Gerechtigkeit, Freiheit und Brüderlichkeit“ ausgeht werden. Diese Fälle sind um so schmerzlicher, weil sie von eigenen Klassenmitgliedern gegen Unterdrückende, besonders christlich organisierte, begangen werden. Wände über Terrormusikanten können gesprengt werden, die allein seit der glorreichen Revolution verübt worden sind, Taten, die so erbärmlich, gemein und eiskalt sind, wie sie eben nur einem verheerenden sozialdemokratischen Sinn entsprungen sein können.

Im bayerischen Landtag haben Kollege Abgeordneter Junke und Genossen eine Interpellation eingebracht betreffend die Koalitionsfreiheit der christlichen Gewerkschaftsmitglieder. In der Begründung dieser Interpellation hat Kollege Junke eine Unsumme von stichhaltigem Material zusammengetragen, das schlagend nachweist, wie erbärmlich die sozialdemokratischen Gewerkschaftler gegen ihre eigenen Klassenmitglieder vorgehen.

Nachdem Abgeordneter Kollege Junke zunächst an einer ganzen Anzahl von Beispielen den Terrorismus der Arbeiter- und Soldatenräte gegen die christlich organisierten Arbeiter gezeigt hatte, kam er auf den Terror durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften zu sprechen. Aus dem überreichen Material wolle ich die markantesten Fälle, besonders soweit sie auch die Metallarbeiter betreffen, herausheben.

Kollege Junke führte aus: Damit möchte ich voreerst die Sache verlassen, soweit die Räte mitspielen und mich auf die reinen Gewerkschaftsfragen beschränken. Dort ist der Terror nicht weniger brutal, aber noch viel umfangreicher. Gegen unsere Mitglieder wurde er ausgeübt von den sozialdemokratischen Gewerkschaftlern, die man vielleicht näher in der Ansprache als Einzelpersonen abschätzen wird. Es läßt sich aber aus Vertrauensurteilen, Jahrbüchern und Beamten. Jede Gruppe ist reichlich vertreten in dem Material, das ich habe. Wenn ich auf alle Fälle, die vorliegen, eingehen wollte, müßte man tagelang sprechen. Ich werde deshalb, trotzdem in der Maderstr. politisch, die gegen unsere Mitglieder seit Monaten getrieben wird, auch ein Stichwort bringen, nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern aus den verschiedensten Berufen einige charakteristische Fälle herausgreifen, um meine aufgestellten Behauptungen zu beweisen.

Das Beispiel im Bergbau. Hier haben wir am 22. Februar in Bergbau den Vorgang erlebt, daß durch die schweben Drohungen unsere Mitglieder gezwungen wurden, trotzdem sie teilweise Jahrzehnte unserer Organisation angehörten, in den sozialdemokratischen Bergarbeiterverband überzutreten. Ein Protokoll und anderes liegt darüber vor, was vielleicht im Laufe der Verhandlungen noch zur Sprache kommen wird. In Unterpeffenberg hat dasselbe Treiben einige Wochen später unsere Mitglieder ergriffen, so daß man unsere Mitglieder bis auf Blut gepeinigt hat, in den sozialdemokratischen Bergarbeiterverband überzutreten. Nicht Einzelpersonen, sondern die offizielle Ortsverwaltung des Deutschen Bergarbeiterverbandes richtete an die Geschäftsstelle des christlichen Bergarbeiter-Gewerksvereins in Unterpeffenberg folgendes sehr bezeichnendes Schriftstück:

„Peffenberg, den 7. April 1919.

An Herrn Josef Wessinger

Peffenberg.

Weser Kollege!

In der Mitgliederversammlung vom 6. April 1919 nachmittags 2 Uhr bei Reuwerk wurde einstimmig beschlossen, daß ich dem Vertrauensmann vom Christlichen Gewerksverein erklären soll, daß Sie sich bis Sonntag, den 13. April 1919, dem Deutschen Bergarbeiterverbande geschlossen anschließen müssen. Wenn sich die Mitglieder von den Christlichen nicht anschließen dazu, werden andere Maßregeln ergriffen. Die Mitglieder vom Deutschen Bergarbeiterverbande dulden keine zweite Gewerkschaft nicht mehr.

(Hört, hört! rechts.)

Hoffe, daß ich in einigen Tagen Nachricht erhalte.

Die Ortsverwaltung

Im Auftrag:

Stempel des Verbandes, bez. Berhof Rudwig. Also ein offizielles Schriftstück. Es kommt noch dazu, daß in Unterpeffenberg ein Verbandsbeamter Richard ist, der entweder nicht der Mut hat, den Dingen entgegenzutreten, oder sogar noch geschoben hat. Besteres ist das Wahrscheinlichere. Was unsere Mitglieder dieser brutalen Aufforderung nicht Folge leisteten, wurde tatsächlich in den Streit eingetreten, der meines Wissens drei Tage dauerte; in einer Zeit, wo jedes Kloß im Bergbau mit Gold aufgemogen muß.

(siehe richtig! rechts.)

da streift man in dem einzigen Kohlenbergwerke, das noch rentable Kohlen in Bayern liefern kann, nicht um Lohnforderungen, sondern damit jemand seine politische Überzeugung preisgeben soll. Man weißt über eine solche Gesinnungserklärung, wie sie dort geübt wurde. Deshalb ist es in Sulzbach, Hausbach und an anderen Orten gewesen. Ich will zur Ehre der Hohenpeffenberger Parteimitglieder des Bergarbeiterverbandes ausdrücklich feststellen, daß der dortige Vorfall, trotzdem die Stelle von Unterpeffenberg aus zu ähnlichen Schandtaten verleitet werden sollte, es abgewehrt hat, sich an solch schändlichem Vorgehen zu beteiligen.

Aus dem Bergarbeiterverbande möchte ich auch ein interessantes Schriftstück bekanntgeben. Der Herr Reichert wird gestatten, daß ich einen Auszug daraus mitteile:

„Eine neuerliche Umwälzung in München hat stattgefunden. An Stelle des Ministers Braunbauer ist ein Volksbeauftragter Namens Kaufmann getreten. Was die politischen Verhältnisse sich weiter entwickeln werden, ist schwer zu sagen. Wie dem aber auch sei, wir haben die Forderung, die wir schon an Braunbauer gestellt haben, daß den Reserveoffizieren Arbeiter oder andere Beamte beigegeben werden sollen, durchgeführt.“

Daß die Herren damit auch die Reserveoffiziere anerkannt haben, ist ihnen ziemlich wichtig gewesen. Die Hauptsache war, daß sie ihre Forderungen durchgeführt hatten.

Nur unter diesen Umständen ist es möglich, daß der alte Post besetzt und ein für die Beamten und Arbeiter annehmbarer Zustand geschaffen wird. Man müßte auch alle Inspektionen, und besonders die Stellen des Personalreferenten von uns besetzt werden.

(Hört, hört! rechts.)

Desgleichen muß auch in jede Maschinen-, Betriebs- und Bauinspektion ein Arbeiter oder mittlerer oder unterer Beamter abgeordnet werden. Es dürfen nur fähige Sozialisten in Frage kommen, die neben der Mitgliedschaft in unserem Verbande gleichzeitig Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind.

(Hört, hört! rechts.)

Ich erlaube die Verwaltungsstellen, daß sie unversichtlich zu diesen Fragen Stellung nehmen und Maßnahmen treffen. Des weiteren die Mitteilung, daß mit Zustimmung des Ministeriums die 44-ständige Arbeitsweise bei den Bahnmotoren und Werkstätten sofort eingeführt werden kann. Anordnung des Ministeriums wird noch erfolgen. Den Beamten kann zur Berufung mitgeteilt werden, daß auch die neue Regierung, sofern sie von Dauer ist, die erworbenen Rechte der Beamten wahren wird.“

Daher ist dieses Schriftstück vom 8. April 1919 und unterzeichnet „Besten Gruß, Horlacher“.

(Hört, hört! rechts.)

dem Abgeordneten Horlacher, der es natürlich nicht als Privatmeinung, sondern in Auftrag seines Verbandes verfaßt hat! Denken wir uns nun einmal die Art, wie hier gefordert wird: es müssen jetzt alle Stellen nicht nur mit unseren Organisierten, sondern auch mit politischen Gesinnungsfreunden besetzt werden. Was das übrige Personal — und der größte Teil des Personals gehört nicht dem sozialdemokratischen Betriebsbeamtenverband an — sagt, ist dem Herrn ganz wichtig. Ihre Strukturen, überall müssen sie hinein — besonders die Stellen der Personalreferenten sind von Wichtigkeit — damit man von obersten Beamten bis zur letzten Funktionärin die Kontrolle hat und ja nichts auskommt. In dem Schriftstück heißt es weiter, daß auch die neue Regierung, sofern sie von Dauer ist, die erworbenen Rechte aufrechterhalten will. Ja, das ist doch nicht anders als die Aufforderung: Geduld, daß diese Regierung von Dauer ist, weil ihr dann eure Rechte nach wie vor behaltet. In derselben Zeit, wo man sich von Bamberg aus die größte Mühe gab, dasjenige, was Wohl und andere in vorbildlicher Weise an die Beamten des Reiches hinausleuchtete hatten, zu revidieren, geht Horlacher vor und gibt dieses Schriftstück hinaus.

Aus der Metallindustrie liegt auch genügend Material vor, leider! In der Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverbandes in Hildesheim am 5. April 1919 wurde unter dem Vorsitz Lindners der Beschluß gefaßt, den unorganisierten Arbeitern mitzuteilen, daß sie sich innerhalb acht Tagen dem Fabrikarbeiterverband anschließen hätten. Den Mitgliedern der Christlichen Gewerkschaften soll bis zum Übertritt in den Fabrikarbeiterverband eine Frist von 14 Tagen gelassen werden. Wer nicht übertritt, muß den Betrieb verlassen.

Solcher Art sind die Beschlässe, wie sie nur so aus dem Gängelbande geschüttelt werden. Am 28. März folgten die Arbeiter des Kraftfahrzeugwerks in Hildesheim in einer Versammlung im Gewerkschaftshaus den Beschluß, daß die christlich organisierten Arbeiter entweder entlassen werden oder übertreten müssen. Um ihre Stellung nicht zu verlieren und der Erwerbslosenfürsorge nicht zur Last zu fallen, zahlten unsere dortigen Mitglieder lange Zeit in zwei Organisationen ihre Beiträge. In ähnlicher Weise ist in der Fabrik D. A. G. a. u. vorgegangen worden. So geht es immer schon an einem Beispiel, wie der dortige Vorfall, den Arbeiter rats sich Rechte anmaßte, die ihm gar nicht zustanden. Dieser Herr, Herr Straub, erklärte bei jeder Gelegenheit den Arbeitern: Wir haben die Revolution gemacht und die Folge davon ist, daß auch nur Sozialdemokraten das Recht auf Arbeit haben. Ich erinnere mich, daß ich an einen Vorgang, der den verflochtenen Betriebsratsmitgliedern in der Metallindustrie, Bauindustrie, betrifft. Als ich einmal an der ersten Sitzung des Sozialdemokratischen Ausschusses in München teilnahm, war auch Herr Kaufmann als Vertreter des Betriebsrats anwesend und wir kamen etwas in Angelegenheiten, die sich auch noch weiter auf dem

Wählen. Damals erklärte mir Herr Paulusyn sofort, was wollen Sie, wo waren Sie denn in der Revolutionsnacht, da...

(Hört, hört, rechts)

(Lachen links)

Wenn die Sache nicht so bitter ernst wäre, würde sie zum Wachen. Es gibt leider Duzende und Hunderte, die vom...

Noch zu einem Kapitel aus neuerer Zeit! An der Baustelle der Steinmühlfabrik in Amberg mußten unsere Kollegen...

Unter dem 4. Mai teilte mir unser Sekretär in Amberg mit, daß im Steinbruch zu Theuern etwa 40 Arbeiter...

(Wohlfühlende Zurück links)

Es wird eine Zeit kommen, wo Sie vielleicht noch froh sind, wenn es „Kapläne“ gibt, die eine andere Stimmung in die...

(Sehr richtig rechts)

(Erneute Zurück und Unruhe links)

Ja, das ist so, Sie werden froh sein, wenn später Kapläne kommen und Kapläne da sind, die den Leuten begreiflich...

(Wichtige Zurück links)

(Worte des Präsidenten)

1. Vizepräsident: Ich möchte dringend bitten, die Gewerkschaft zu unterstützen.

Wants (Wahr, Wp.): Die Zeit wird manches an den Tag bringen, wie die letzte Zeit schon manches an den Tag gebracht hat.

In Augsburg wurde in der Metallindustrie unser Kollege Hermann Schmidt, der seit vier Jahren bei der Maschinenfabrik A. A. Niedinger beschäftigt ist, Familienvater...

(Wichtige Zurück links)

Ich habe doch den Namen und die Firma genannt, treten Sie bitte, öffentlich den Gegenbeweis an. Gleichfalls am 21. März schreibt der Kollege Böhner in Augsburg an unseren Sekretär:

„Auf Ihnen selber mitteilen, daß ich gezwungen bin, aus dem Christlichen Metallarbeiterverband auszutreten. Es wird Ihnen selbst zur Genüge bekannt sein, welcher Terror purzelt ausgeht wird von sozialdemokratischer Seite.“

„Was muß dieser Mann für Kämpfe durchgemacht haben, daß er sich zum Austritt entschlossen hat? Er hat eine Bewandlung, ist Antisemit und hat nicht gegen den Herrn Böhner, sondern er hat sich bewegen müssen.“

Man hat mir den Vorwurf gemacht, ich habe Fälle aus dem vorigen Jahre herbeigeholt. Ich konstatiere, daß alles das, was ich vorgetragen habe, seit der Revolution nicht...

besten in Bayern von dieser Seite denkt. Ich habe hier eine Zusammenfassung, die folgenmaßen lautet:

München, den 16. April 1919.

An die geehrten Betriebsdirektoren und Betriebsleitungen der Eisenindustrie und Metallindustrie nachgeannter Firmen:

- M. A. R., - B. T. R., eine Bahndrehfabrik, Werk, - Eppla u. Burbaum, - Alpine Maschinenfabrik, - Keller u. Knapp, - Joh. Haag, - Kleinmann u. C., - Mumpferwerke, - Maschinenfabrik Frisch, - Gebr. Bayer, - Maschinenfabrik Franz, - H. Dentner, - Eberle u. Co., - S. Weiß, Berke, - Kahn u. Sauer, - Schwerte Augsburg.

Das ist also die gesamte Eisen- und Metallindustrie Augsburgs. Das Schriftstück führt dann weiter:

„Die Arbeitgemeinschaft der Betriebsräte hat beschlossen, daß in Zukunft nur frei organisierte Arbeiter in den Betrieben aufgenommen werden dürfen und daß die Einstellung selbst im Auftrage des Betriebsrats (Obmann) erfolgen soll.“

- 1. Betriebsrat: gez. Frickinger. 2. Vorkämpfer: gez. Schwarz.

Die Betriebsräte sind natürlich alle Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes und ein solcher Beschluß kann gefaßt werden in der allerneuesten Zeit, in der Hälfte des April! Wir haben unerschrocken an das Ministerium für Soziale Fürsorge eine Eingabe gerichtet in dieser Sache und auch die Bayerische Volkspartei hat auf Grund eines dringenden Telegramms aus Augsburg dem Staatsminister des Innern und dem Herrn Ministerpräsidenten Hoffmann unterm 30. April 1919 eine Eingabe unterbreitet und ersucht, daß das Ministerium keine Stellungnahme zur unbedingten Wahrung der Koalitionsfreiheit nun einmal öffentlich bekanntgeben solle.

Energisch rechnete Abgeordneter Kollege Junke mit den roten Terrorbrüdern ab, deren Taten noch, wie die Briefe rufe von links beweisen, in Schutz genommen und verteidigt wurden.

Das Ganze nennt sich dann „freiwirtschaftliches Deutschland.“ Für diese Freiheit bedanken sich alle anständigen Arbeiter. Für die christliche Arbeiterchaft aber ist die Zeit angebrochen, wo sie um ihre Heberzeugung wieder kämpfen muß. In diesem Kampf kann es keine Feige und Laue geben. Jeder muß seinen Mann stellen. Mit allen gerechten Mitteln aber werden die christlichen Gewerkschaften versuchen, daß den roten Terrorbrüdern ihr Handwerk gelegt wird.

Du hast Dir als Arbeiter in starkem Kampfe große Rechte errungen. Aber Du hast auch ebenso große Pflichten. Eine Deiner höchsten Pflichten ist die Arbeit für den Christlichen Metallarbeiterverband

Lehrlingswesen

Die gewaltigen sozialen Umwälzungen der letzten Monate haben neben den politischen auch die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Arbeiters auf eine völlig neue Grundlage gestellt. Damit sind auch die Probleme des Lehrlingswesens sehr stark in den Vordergrund des Interesses gestellt.

Wenn wir wieder Berufsausbildung in der Arbeiterschaft werden wollen, dann ist es unbedingt notwendig, daß wir uns hauptsächlich denjenigen zuwenden, die die Träger des zukünftigen deutschen Vaterlandes sein sollen. Das ist unsere heilige Jugend. Kaum der Schulbank entwachsen, haben sich Hunderttausende von jugendlichen Arbeitern während des Krieges der Kriegsindustrie zuwenden müssen. Sie fanden dort als Spezialarbeiter vielfach lohnende Beschäftigung. Heute zeigen sich die Schäden. Tausende von jungen Leuten haben nichts für ihr späteres Leben tun können, da sie gezwungen wurden, nur als angeleitete Spezialarbeiter ihr Geld zu verdienen. Viele Eltern haben sich über die Höhe ihrer Einnahmen in die Jahre zu schämen, um möglichst gleich einen Verdienst zu haben. Das Handwerk hatte dadurch einen erheblichen Rückgang zu verzeichnen und auch diejenigen, welche ihre Söhne einem Handwerksmeister in die Lehre gaben, mußten die Enttäuschung erleben, daß die Lehrlinge auch hier zum größten Teil an Spezialarbeiten verwandt wurden und so auch das Lehrverhältnis nicht das erreicht wurde, was die Eltern damit beabsichtigten. Und sind genügend Handwerksmeister und auch Fabriken bekannt, wo die Lehrlinge keine anderen Arbeiten verrichten, wie auch die jugendlichen Hilfsarbeiter. Erwähnenswert ist noch hinzu, daß die meisten der jungen Leute während des Krieges keinen Fachunterricht genossen, daß der Besuch der Fortbildungsschule unterbrochen war. Jetzt steht das Handwerk der vollständig neuen Aufgaben. Viele tüchtige Gesellen sind auf dem Felde der Ehre gefallen, andere sind berufenem und verdrängt zurückgekehrt, die also auch nicht mehr für das Handwerk in Frage kommen. Ein sehr großer Teil aber ging bei Ausbruch des Krieges in die Fabrikbetriebe, da man hier vielfach rekrutiert wurde und so den Ersatz des Krieges entging. Hier fanden die Gesellen lohnendere Beschäftigung als bei einem Handwerksmeister und sind die Gesellen zum allergrößten Teil hier beschäftigt geblieben und haben heute keine Lust mehr, ihr so häufiges Schicksal einem Handwerksmeister zur Verfügung zu stellen.

Für uns ist die Frage jetzt: Wie können wir dem Handwerk den nötigen fachmännischen Nachwuchs beschaffen? Wenn wir nicht bei der Lehrlingshaltung ansetzen, wird unsere ganze Arbeit vergeblich sein. Es ist daher notwendig,

notwendig, daß das Lehrlingswesen einer besonderen Regelung unterzogen wird. Groß und schwer wird die Aufgabe sein, die den maßgebenden Faktoren in dieser Beziehung zufällt. Aber gelöst muß sie werden!

Schon seit längerer Zeit bemüht sich der christliche Metallarbeiterverband, das Lehrlingswesen des Metallgewerbes einer gesetzlichen Regelung zu unterziehen, allerdings mit noch nicht vollem Erfolg. Auf der Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes im September 1918 wurde bereits ein Beschluß gefaßt, der der damaligen Regierung unterbreitet wurde. Als dringende Forderung wurde u. a. folgendes erhoben:

- 1. Der in den letzten Jahren aufgetretenen Lehrlingsrückgang ist Einhalt zu gebieten. 2. Eine höchstens dreijährige Lehrzeit ist einzuführen. 3. Die Ausbildung der Lehrlinge in Handwerk und Industrie hat sachmännisch zu erfolgen, daß der Lehrling soviel Fähigkeiten erwirbt und hinführende den notwendigen Ausbildungsgrad erreicht, wie er für die Ausbildung des Berufes notwendig erscheint. 4. Ausbildung des fachgewerblichen Fortbildungsschulwesens. 5. Festlegung von Lehrlingszwischenprüfungen und Gesellenprüfungen. 6. Abänderung der gesetzlichen Lehrlingsbestimmungen. 7. Einführung einer den Verhältnissen entsprechenden Lehrlingsentlohnung. 8. Vollständige Wiederinkraftsetzung des Jugendschutzes. 9. Einrichtung von besonderen Unterrichtskursen und Lehrwerkstätten.

Ebenfalls hat der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften sofort nach Eintritt in den Demobilisationszustand dem Reichsamt für Demobilisierung und dem Reichsarbeitsamt folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- 1. Der Besuch der Fortbildungs- und Fachschulen muß für jeden Schulpflichtigen wieder volle Pflicht werden. Keinem Arbeitgeber darf mehr Dispens erteilt werden. 2. Wo eine Ueberschuldung von Lehrlingen vorhanden ist, die einer guten Ausbildung im Wege steht, ist eine Verteilung auf andere Betriebe anzustreben und durchzuführen. Auf günstige Fortsetzung der Lehrvertragsbestimmungen ist dabei zu achten. 3. Die Dauer der Lehrzeit, die heute noch vielfach über Jahre beträgt, ist auf drei Jahre als Maximum zu beschränken. In dieser Zeit ist eine gewissenhafte Ausbildung zum tüchtigen Gesellen möglich. Die mehr als dreijährige Lehrzeit versorgt heute die Arbeitgeber nur mit einer recht billigen Arbeitskraft, und ist auch schon deshalb abzuschaffen. 4. Das Gesellenprüfungswesen ist für die Uebergangszeit abzuändern. Die Zulassungsbestimmungen zur Prüfung sind den gegebenen Verhältnissen in weitherziger Weise anzupassen. Die fachlichen Anforderungen der Prüfung jedoch nicht herabzusetzen, so daß also die Tüchtigkeit zunächst bei der Prüfung ausschlaggebend ist, und die Dauer der Lehrzeit alle seine Rolle spielt. 5. Die Entschädigungsfrage der Lehrlinge muß den geänderten Verhältnissen entsprechend, eine Lösung finden. Die Vergütung muß heute zum mindesten im Einklang stehen mit den Auswendungen, die der Meister früher für seinen Lehrling hatte, als er ihm noch Kost und Unterkunft im eigenen Haushalt gewähren mußte. Ein entsprechendes Taschengeld und Ausgaben für Kleiderbeschaffung sind einzurechnen. Diesbezügliche Mindestsätze der Lehrlingsentschädigungen müssen für die einzelnen Bezirke zwischen Handwerkskammern, Gewerkschaften, bzw. für die Industrie, zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften vereinbart werden. Bei dem aus der Kriegsindustrie kommenden jugendlichen Arbeitskräften ist dabei eine Anpassung an ihr bisheriges Verdienst, nach sozialen Gründen, billigerweise anzustreben.

Wir erwarten nun von der künftigen Regierung, daß sie recht bald eine Verordnung erläßt, durch die das gesamte Lehrlingswesen einer Regelung unterzogen wird.

Für den Essener Bezirk wird es notwendig sein, eine besondere Regelung des Lehrlingswesens, besonders der Lehrlingsentlohnung, vorzunehmen. Sind doch hier in Essen die Mängel sehr zutage getreten, so daß unbedingt recht bald eine Aenderung eintreten muß. Wir finden, wie fast an jedem anderen Orte Mängel in Höhe und Fülle.

Die Lehrlingszahlverteilung ist hier allgemein, besonders aber im Schlosserhandwerk und in den kleinen Maschinenfabriken abfallend. Bei der Firma Wolf sind 146 Lehrlinge beschäftigt, aber nur höchstens 35 Gesellen, bei der Firma Kornogrod 60 Lehrlinge und 18 Gesellen, bei der Firma Forster 70 Lehrlinge und 23 Gesellen. In anderen Maschinenfabriken sieht es ähnlich aus. 30-40 Lehrlinge und 6-10 Gesellen bilden hier die Regel. In den Kunst- und Hauschlosserereien Essens sind gegenwärtig etwa 50-60 Gesellen beschäftigt, dagegen aber wenigstens 500-600 Lehrlinge. Bei der Firma Wals, Feders, Weiner, Henninghofen, Koll, treffen wir in jedem Betriebe 25-40 Lehrlinge, während dort nur höchstens 4-5 Gesellen vorhanden sind. In anderen Schlosserbetrieben sieht es ähnlich aus. 8-10 Lehrlinge und keine Gesellen ist keine Seltenheit. Im Elektro-Instalationsgewerbe gibt es ebenfalls einige Firmen, die sich die Lehrlingszahl zum Prinzip gemacht haben. Bei den Dampf- und Wagenschmieden, sowie Maschinen- und Installateuren kann die Lehrlingszahl als normal bezeichnet werden. Daß bei der ungeheuren Lehrlingszahl der einzelne nicht genügend ausgebildet werden kann, ist selbstverständlich. Man betrachtet den Lehrling in den allermeisten Fällen nicht als einen Menschen der die Zukunft des Gewerbes sichern soll, sondern als eine billige Arbeitskraft, die dem Unternehmer mehrere Jahre zur Verfügung gestellt wird.

Wie hoch soll der Lohn sein? Der Lohn muß mindestens so hoch sein, daß es den Eltern ermöglicht werden kann, dem Lehrling Schulzeug und Arbeitskleider davon anzuschaffen, und ebenfalls muß den Eltern noch eine kleine Entschädigung für die vielen Auswendungen des Lehrlingsverhältnisses zugestanden werden. Dreiviertel ständiger Schlossermeister Essens zahlen den Lehrlingen überhaupt keine Vergütung, während einige dazu Übergedungen sind und ganz geringe Entschädigung bis zu 1 Mark pro Tag leisten haben. In einigen Betrieben erhalten die

Lehrlingsentlohnung.

Wie hoch soll der Lohn sein? Der Lohn muß mindestens so hoch sein, daß es den Eltern ermöglicht werden kann, dem Lehrling Schulzeug und Arbeitskleider davon anzuschaffen, und ebenfalls muß den Eltern noch eine kleine Entschädigung für die vielen Auswendungen des Lehrlingsverhältnisses zugestanden werden. Dreiviertel ständiger Schlossermeister Essens zahlen den Lehrlingen überhaupt keine Vergütung, während einige dazu Übergedungen sind und ganz geringe Entschädigung bis zu 1 Mark pro Tag leisten haben. In einigen Betrieben erhalten die

Beschlinge 0,25 Mark im ersten Jahre, 0,40 Mark im zweiten Jahre und 0,55 Mark im dritten Jahre pro Arbeitstag. In der Maschinenindustrie ist ebenfalls eine vollständig unregelmäßige Beschlingensituation anzutreffen. Bei der Firma Zarnogrod in Essen-Mittelfeld gibt es Beschlinge, die eine 3-jährige Lehrzeit durchmachen können, wenn sie 300 Mark zuzahlen, solche, die eine 3-jährige Lehrzeit durchmachen, müssen 200 Mark zuzahlen, und diejenigen, welche vier Jahre lernen, bekommen im ersten Jahre 0,01 Mark steigend mit jedem weiteren halben Jahre um einen Pfennig bis zur Höchstsumme von 0,03 Mark pro Stunde. Wer also gleich 300 Mark für seinen Sohn auf den Tisch des Hauses legen kann, der hat das Vergnügen, schon in zwei Jahren einen fertigen Gesellen vor sich zu haben. Geschick und Verstand spielen dabei keine Rolle. Die Hauptsache ist, daß die Firma das Geld erhält. Wir gehen gern zu, daß in anderen Maschinenfabriken die Verhältnisse nicht so trag liegen wie bei der Firma Zarnogrod, aber auch hier muß bezüglich Entlohnung Remedur geschaffen werden, sind es doch fast ausschließlich die Lehrlinge, die den Arbeitgebern die Verhältnisse aufrecht erhalten. In den Automobilbetrieben läßt ebenfalls die Entlohnung viel zu wünschen übrig. Löhne von 5 Mark bis zu 11,25 Mark pro Woche müssen als ungenügend betrachtet werden. Im Klein- und Installationsgewerbe werden den Lehrlingen Vergütungen bis zu 9 Mark pro Woche gewährt. Außerdem werden noch kleine Feuerungszulagen gezahlt, die aber als nicht angemessen bezeichnet werden können. In den Gus- und Wagenschmiedbetrieben heißt man die Lehrlinge mit Jahresgehältern ab, die aber nicht soviel Mark ausmachen, wie es Tage im Jahre gibt. Nicht genug, daß die Beschlinge in den allermeisten Fällen keine Entschädigung erhalten, man verlangt auch noch die Bezahlung der etwa zerbrochenen Werkzeuge. In einzelnen Fällen sogar Lieferung der Werkzeuge. Wir haben festgestellt, daß bei der Firma Zarnogrod in einer Lohnperiode 19,97 Mark, in einer anderen Lohnperiode 20,70 Mark von den Lehrlingen verlangt wurden, weil sie angebotene Werkzeuge verdorben haben sollten.

Man begnügt sich nicht mit der Beschlingenslücke und Ausbeutung, sondern verlangt auch noch, daß die durch Fortbildungsschulunterricht entstandenen Ausfallstunden nachgezahlt werden.

Es macht sich gegenwärtig überall das Bestreben geltend, eine längere als dreijährige Lehrzeit einzuführen. Bei den Maschinenfabriken ist ja schon seit längerer Zeit die vierjährige Lehrzeit üblich. Wenn nun von einzelnen Handwerksmeistern gesagt wird, daß es unmöglich sei, den Lehrlingen einen bestimmten Lohn zuzusprechen und die Lehrzeit auf drei Jahre festzusetzen, da der Meister doch große Opfer bringen müsse, um den Lehrling erziehen zu können, so muß doch zunächst mal die Frage gestellt werden, ob die Erziehung der Beschlinge für die Meister ein Opfer ist. Diese Frage möchte ich verneinen. Wenn die Beschlinge als Schüler und die Lehrherren als Lehrer betrachtet werden könnten, dann sei der Standpunkt der Meister in etwa zu verstehen. Es gibt aber nur sehr wenige Meister, die nur beschworene Beschlinge einstellen, weil sie die Zukunft des Handwerks sichern wollen, sondern die über große Mehrzahl stellt nur beschworene Beschlinge ein, weil sie das billige Arbeitsmaterial darstellen. Deshalb finden wir ja auch in den Betrieben die große Beschlingenslücke. Was es wirklich ein Opfer, Beschlinge auszubilden, dann müssen bei einer Beschlingenszahl von 80 bis 100 schon viele Arbeitgeber diesem System zum Opfer gefallen sein. Der Meister stellt also deswegen nur viel Beschlinge ein, weil er keinen Nutzen darin findet. Es kann dann aber von einem Opfer der Beschlingenerziehung nicht geredet werden. Wenn unsere Firmen in Essen die gesetzlichen Bestimmungen einhalten würden, die für den Handwerksmeisterbezirk Düsseldorf bestehen, dann wäre das Essener Beschlingenswesen bedeutend besser gestellt.

Nach Paragraph 21 der Vorschriften zur Regelung des Beschlingenswesens für den Handwerksmeisterbezirk Düsseldorf

In Handwerksbetrieben darf ein Meister für sich zwei Beschlinge halten und für je zwei Gesellen wiederum einen weiteren Beschling. Die unsere Essener Firmen diese Verordnung einhalten, haben wir schon oben zur Genüge dargestellt. In den Fabriksbetrieben müssen die Arbeitgeber für die jugendlichen Arbeitskräfte einen bestimmten Tariflohn zahlen. Die Herren Arbeitgeber der Handwerksbetriebe stellen keinen jugendlichen Arbeiter ein, dafür Dutzende von Beschlingen, die ihnen die Arbeiten machen, die eigentlich jugendlichen Hilfsarbeitern zukämen. Schon aus diesem Grunde ist eine Beziehung der Beschlinge gerechtfertigt und muß unbedingt erfolgen. Die Eltern sowohl wie auch die Allgemeinheit hat ein großes Interesse daran, daß die Missetaten im Beschlingenswesen bestraft werden. Das kann aber nur geschehen durch die Mithilfe aller Volkspresse. Abschaffung der Beschlingenslücke bedeutet aber Einführung von besonderen Lehrlingsausbildungsgesetzen und Errichtung von Lehrlingswerkstätten, die nicht im privatkapitalistischen Interesse, sondern zum Wohle der Allgemeinheit stehen.

Rebner ging dann auf die Notwendigkeit der Erfassung der jugendlichen Arbeiter und Beschlinge in den christlichen Gewerkschaften ein und betont, daß eine Mithilfe der Beschlinge leicht und der Eltern eine Reform des Beschlingenswesens nicht erreicht würde. Er empfiehlt den Anschluß der Beschlinge an den christlichen Metallarbeiterverband. Die Beschlingensfrage sei eine Frage der Erziehung. Es wäre den Eltern nicht egal, in welcher Weise ihre Söhne aufgezogen werden. Parteipolitisch vollständig neutral hätte der christliche Metallarbeiterverband es sich zum Ziele gemacht, die geistige und gewerbliche Ausbildung der Mitglieder auf christlicher und geselliger Grundlage herbeizuführen.

Für die Beschlinge sei eine besondere Jugendabteilung geschaffen, die auch in sachlicher Beziehung schon manche Leistung aufzuweisen habe. In verschiedenen Berufen eingeleitete Fachkurse hätten bei den Lehrlingen und auch in anderen Kreisen großen Anklang gefunden. Der christliche Metallarbeiterverband sei bestrebt, diese Arbeit im Interesse eines gesunden Nachwuchses des Handwerks weiter zu führen. Entschieden Einspruch müsse aber dagegen erhoben werden, daß einzelne Firmen dazu übergingen und den Eltern der Lehrlinge Schriftstücke vorlegten, wonach sie sich verpflichteten, ihr Söhne aus dem christlichen Metallarbeiterverband abzuhalfen. Ein derartiges Vorgehen der Meister verstoße gegen die Gesetzesbestimmungen, da laut Regierungsverordnung das Koalitionsrecht keinerlei Beschränkung unterliege, also auch nicht durch Sondervereinbarungen und auch nicht durch Lehrverträge.

Zum Schluß forderte der Referent alle Anwesenden auf, an der Regelung des Beschlingenswesens mitzuarbeiten und den Verband in seinen Bestrebungen zu unterstützen.

In der darauffolgenden Aussprache, an der sich die verschiedensten Väter beteiligten, kam so recht der Unwille über die Missetaten im Beschlingenswesen zum Ausdruck. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen:

Die heutige, überaus zahlreich besuchte Versammlung der Eltern, deren Söhne in Essen und Umgebung als Beschlinge im Metall-Handwerk und der Klein-Eisenindustrie beschäftigt sind, ist nach reiflicher Überlegung der Ansicht, daß es unbedingt notwendig ist, eine Reform des Beschlingenswesens zur Durchführung zu bringen, die der heutigen Zeitlage entspricht und eine bessere Ausbildung der Beschlinge gewährleistet. Die Versammlung beauftragt den christlichen Metallarbeiterverband, sofort dafür Sorge zu tragen, daß zunächst einmal für die Beschlinge den heutigen Verhältnissen entsprechende Wohnbedingungen geschaffen werden, da die Eltern nicht mehr in der Lage sind, ihre Söhne ordnungsgemäß zu kleiden und zu beschütten. Auch ersucht es angebracht, daß der überhandnehmenden Beschlingenslücke einzelner Betriebe und Meister Einhalt geboten wird, da die Beschlinge allgemein zu Arbeit herangezogen werden, die sonst von Hilfsarbeitern verrichtet werden müßten. Auch halten wir bei einer guten ordnungsgemäßen Ausbildung eine dreijährige Lehrzeit für vollkommen ausreichend. Aus diesem Grunde verwerfen wir die dreieinhalb und vierjährige Lehrzeit. Ferner nehmen wir Eltern mit Entrüstung Kenntnis von der unverständlichen Handlung einzelner Meister, die die Beschlinge vom christlichen Metallarbeiterverband abhalten. Wir erklären in dem christlichen Metallarbeiterverband in wirtschaftlichen Fragen den berechtigten Vertreter zur Erziehung unserer Söhne und verlangen von den Meistern, daß man uns in diesen Fragen weiter keine Schwierigkeiten macht.

Alle diese Wünsche mögen die Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes an die zuständige Stelle weitergeben, damit endlich einmal zeitgemäße Verhältnisse für unsere Beschlinge geschaffen werden.

Streiflichter

13. volkswirtschaftlicher Kursus

Vom 29. Juli bis zum 10. August veranstaltet die Zentralkasse des Volksvereins einen dreiwöchigen volkswirtschaftlichen Kursus an einem noch näher zu bestimmenden Orte Westdeutschlands für Angehörigen jeden Standes, der in die gegenwärtig brennenden Fragen der Volkswirtschaft und Staatsbürgerkunde einführen soll. Nach Möglichkeit werden dabei auch praktische Übungen im Vortragswesen und in schriftlichen Arbeiten stattfinden. Der Kursus soll in erster Linie eine gewisse Ausbildung für hauswirtschaftliche Betätigung in sozialen Vereinigungen und im öffentlichen Leben vermitteln, ohne daß den Teilnehmern irgend eine Gewähr für künftige Anstellung geboten werden kann. Voraussetzung der Teilnahme ist dementsprechend neben guten Charaktereigenschaften die vollständige Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift, organisatorische und rednerische Betätigung und feste körperliche Gesundheit. Bevorzugt werden diejenigen Kandidaten, welche schon eine erfolgreiche Betätigung im praktisch-sozialen Leben, in Vereinen, in der Partei usw. nachweisen können. Die Gesamtkosten, einschließlich der Reiseauslagen, für Wohnung, Verpflegung usw. belaufen sich durchschnittlich auf 10 M. pro Tag. Anmeldungen sind ungesäumt aus dem besternten Gebiet an die Zentralkasse des Volksvereins in M. Gladbach, aus dem übrigen Deutschland an Direktor Dr. Brauns, Weimar, Nationalversammlung, zu richten. Von dort aus sind auch ausführliche Prospekte zu beziehen. Den Gesuchen um Zulassung sind genaue Personalien, ein selbstverfaßter Lebenslauf und die Angabe von Adressen, bei denen Erkundigung eingezogen werden kann, hinzuzufügen. Auch ist Näheres mitzuteilen über die Bestreitung der Unkosten. Die dazu notwendigen Gelder müssen bei Beginn des Kursus niedergelegt werden. Zeugnisse sind nur in beglaubigter Abschrift beizufügen.

Programm des Kursus.

1. Grundlagen und Grundbegriffe der Volkswirtschaft,
2. Der Zusammenbruch der alten Wirtschaft, 3. Probleme der Wiederaufrichtung, 4. Das Finanzproblem nach dem Kriege,
5. Die neuen Reichssteuern, 6. Werten und Wesen des neuzeitlichen Staates, 7. Die neue Reichsverfassung, 8. Kulturpolitik und Schulfrage, 9. Gegenwartsfragen der Landwirtschaft, 10. Neue Formen und Ziele der Mittelstandsbewegung,
11. Lage und Zukunft der deutschen Industrie, 12. Liberalismus und Imperialismus, 13. Der marxistische Sozialismus,
14. Die Sozialdemokratie, 15. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung, Gewerkschaften und Genossenschaften, 16. Sozialisierung und Adressfrage, 17. Sozialreform, Bodenreform und Wohnungsfrage.

Die „deutsche“ Revolution

In der „deutschen“ Revolution hat bekanntlich ein geriffenes Aussehen bekommen aus dem Osten eine merkwürdige Rolle gespielt. Abgesehen von den Hauptzentralen des Spartakismus Berlin, Hamburg usw. war es besonders Bayern, das hart mit Knoblauchpolitik beglückt wurde.

Bon Eisner angefangen, dem die Münchener Abendzeitung jetzt nachsagt, er habe gewisse Dokumente über die Schuld Deutschlands am Kriege tendenziös gefälscht, bis zu Döberlein, Döberlein und Uebeloh kamen alle maßgebenden Wählerbeiträge direkt oder indirekt aus dem Ausland. Soeben noch wird eine Liste von Personen angeführt, die als Hochverräter gesucht werden. Man findet da einen Hermann Beyer aus Czernowitz, der Mitglied der Beschäftigten- und Sozialkommission war, einen Henry Boulange aus Belgien, Mitglied der geheimen Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution, einen Met Marit, geboren in San Francisco, der der Kommission zur Bildung eines Revolutionstribunals angehörte und einer der wütendsten Feinde gegen die Presse war. Auch eine Frau Friesling oder Hubner aus Warschau in Litauen gehörte einer der sieben Kommissionen von Ausländern zur Verfolgung und Abschaffung des bayerischen Volkes in seinem eigenen Lande an.

Die Namen verraten schon Stamm und Art, und wobei sie kamen der Fahrt. Das Falsche bei der ganzen Sache ist, daß ein Teil der deutschen Arbeiterschaft sich diese Individen als Führer gefallen und von ihnen mißbrauchen läßt. Aus diesen deutschen Arbeitern werden noch einst fürchterliche Augen aufgehen, daß sie nur die Werkzeuge in der Hand gewissenloser Abenteuerer sind, die nichts anderes vorhaben, als das deutsche Land ins Unglück zu stürzen.

So arbeitet Spartakus

Spartakus liebt es, sich als holden Engel, wondiglich mit der Friedenspalme, hinzustellen, der die ganze Menschheit beglücken will. Wie Spartakus aber in Wirklichkeit haust, darüber berichtet das sozialdemokratische Hauptorgan „Der Volkskämpfer“, und geht schief gegen den angerathenen Bruder Spartakus zu Felde. Er schreibt:

Über jedes Urteil, das in Deutschland gegen Aufständische ergeht, geraten die Unabhängigen und Kommunisten aus dem Häuschen. Wenn ein Gericht die Teilnahme an einem bewaffneten Aufstand ein, zwei Jahre Gefängnis verhängt, so ist das Beweis schmerzlicher Verbitterung der jetzigen Regierung zu geben. Aber wie milde nehmen sich die deutschen Urteile aus neben der Blutjustiz, die überall herrscht, wo das Räuberregiment in Kraft ist! Genau dasselbe Schreckensregiment, das in Rußland herrscht, ist jetzt in Ungarn eingeführt. In Budapest arbeitet das Revolutionstribunal mit Maschinenbeschleunigung, 70, 80 Menschen werden an einem Tage verurteilt, und zwar fast ein jeder von ihnen wird zum Tode verurteilt, zum Tode durch den Strang. Ein paar Minuten dauert die Verhandlungen gegen den Einzelnen, das Urteil ist schon vor der Verhandlung fertig. Vergebens suchen wir auch nur nach einem Wort der Kritik in den unabhängigen Mitteln. Wenn in Deutschland nach stundenlangem fortdauernder Verhandlung neun Monate Gefängnis anerkannt werden, so dann — dann ist die Entrüstung groß!

Früchte Ihrer eigenen Arbeit

In einem Flugblatt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gegen den Verlehrsstreik heißt es:

„Diese Streiks sind nur ein Schlag der Streikenden gegen sich selbst. Wenn der Staat höhere Löhne zahlen muß, geht das nur auf Kosten des Volkes selbst, das immer höhere Fahrpreise und immer mehr Steuern zahlen muß. Verlangen die Straßenbahner höhere Löhne, so müssen wir alle hier in die Taschen greifen. Die Streiks richten sich nur gegen unsere Arbeiter selbst. Es sind unsere eigenen Gewissen, die sich auf Kosten der Arbeiterklasse bereichern wollen. Schon hat der Verlehrsstreik eine größere Knappheit an Lebensmitteln und Anschaffungen der Preise bewirkt. In den Betrieben, im Magen und am Geldbeutel spürt also das arbeitende Volk den Eigennutz der Streikenden.“

Was die Sozialdemokratische Partei in diesem Flugblatt gegen die politischen Streiks sagt, trifft den Nagel auf den Kopf. An diesen Streiks ist im Grunde genommen auch die Sozialdemokratie schuldig, denn sie hat durch Jahrzehnte nichts anderes gelehrt als Egoismus und Eigennutz. Gätten sie statt dessen die sozialdemokratischen Arbeiter zu vernünftigerem wirtschaftlichem Denken erzoogen, sie bräuhete jetzt nicht Flugblätter gegen die Streiks herauszugeben. So aber hat die Sozialdemokratie und die mit ihr verflochtenen „freie“ Gewerkschaften in den fortwährenden Streiks nur die Früchte ihrer eigenen Arbeit zu sehen.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 20. Juli der 29. Wochenbeitrag für die Zeit vom 20.—26. Juli fällig.

Aus dem Verbandsgebiet

Gesellschaft. Am Mittwoch, 11. Juni, lagte im Lokale Ekro mann eine Sitzung der Arbeiterauslosung für die Metallindustrie u. r. u. r. u. r. Die Sitzung war zu dem Zweck einberufen, um zu dem, den Arbeitgeber einvernehmlich eingeleiteter Stellung zu nehmen. Die Arbeiterauslosungsmittelglieder stellten sich an den Standpunkt, daß die geforderten Lohnsätze den heutigen Luerungsverhältnissen in etwa entsprechen und erwarten von der Verhandlungskommission, daß die vorgeschlagenen Lohnsätze bei der Verhandlung mit den Arbeitgebern mit allem Nachdruck vertreten werden sollen. Die Frage der Ferien gab zu einer längeren Aussprache Veranlassung. Die Ausschussmitglieder traten für die betriebliche Beschäftigungspolitik der Spitzenverbände. Sie erwarteten, daß die Ferienfrage baldig geregelt wird und zwar so schnell, daß in allerhöchster Zeit die Ferien in Kraft treten können. In demselben Tagesverlauf erklärte die Sitzung ihre Einverständnis.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde eine Entschließung folgenden Inhaltes eingebracht: „Die am 11. Juni b. J. tagende Ausschussung sämtlicher Arbeiterauslosung der Metallindustrie von Essen ist einmalig auf den Standpunkt und nicht brigant, das Ergebnis an die Zentralverbände der drei Metallarbeiterorganisationen, unverzüglich Schritte zu unternehmen, wozu Barichmeyer, a. a. ber bestehenden drei Organisationen. In den vielen Verlässen der heutigen Weltverhältnisse und auch das unbedingt nötige Zusammenarbeiten der verschiedenen Kommissionen ist die Aufgabe nicht mehr von der Hand zu weisen, daß wir nur so die ersprießlichste und segensreichste Arbeit im Interesse der gesamten deutschen Arbeiterschaft auszuführen imstande sind. Wir geben uns der unerschütterlichen Hoffnung hin, daß dieses Verlangen unverzüglich in Angriff genommen wird.“

Der Führer des christlichen Metallarbeiterverbandes, Herr Hilfen, erklärte, daß er sich mit der Entschließung nicht einverstanden erklären könne. Er verließ mit den Ausschussmitgliedern seinen Delegationen hinst auf Lokal. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die Entschließung einstimmig angenommen.

Bom christlichen Metallarbeiterverband geht uns auch ein Bericht an, der sich im wesentlichen mit dem obigen deckt. Demnach ist es wieder: „Als die einmütige Beschlüsse von deren Vorsitzenden Herrn Müller vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband bekannt gegebene Logenordnung erlebte wir, wollte dieser die Beschlüsse ablehnen. Dagegen erhob sich von einer Minderheit, der sich der ganze Tarifentwurf, wie deren Anträge und Bestimmungen ergab, indog auf die eingehenden Lohnforderungen, Ferientage u. a. nicht weit genug gingen. Satter Widerstand. Ohne daß nun über die weitere Logenordnung verhandelt wurde, haben die Mitglieder des Gewerkschaftsverbandes Metallarbeiter (Christen) dem Bericht, um zunächst ein Klagen über die Gewalttätigkeit und den Gewerkschaftsverband, wie wir im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband allertags gelbt werden, unterliegen. In gleichen Klagen muß ich aber auch der Rebner durch Mithilfe der oben mitgeteilten Resolution seinem Widerstand an die Decke. In dieser Sitzung nahm Gewerkschaftssekretär Billeten als Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes das Wort, um nachstehende Erklärung abzugeben:

„Der nächste Schritt der Sitzung ist die sachliche und sachverständige Besprechung der Logenordnung. Auf der Logenordnung beruht die Regelung der Tarifentwürfe. Eine weitere Logenordnung hat nur den Zweck, den bekanntgegebenen, wie bei der Sache die Logenordnung, und will die Zeit der Anwesenheit als Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes, wie wir in den vergangenen Tagen nicht unbenutzt blieb, über den christlichen Metallarbeiterverband zu einem klaren Standpunkt zu bringen, und auch ein Resultat nicht erzielt werden kann, da wir uns in dieser Freie gesellschaftlich nicht bewegen und beschließen lassen. Was wir von Ihnen und Ihnen gebeten wird, wird abrichten wir das beste Maß zu betreiben.“

